

Pro Jugendschutz Gegen Drogenkriminalität

Überparteiliches nationales Abstimmungskomitee

Co-Präsidium



Verantwortlicher Co-Präsidium
Claudio Gentilesca
jcvp/CVP/AG, Wettingen



Co-Präsidentin
Nationalrätin Christa Markwalder Bär
jf/FDP/BE, Burgdorf



Co-Präsident
Nationalrat Geri Müller
Grüne/AG, Baden



Co-Präsidentin
Nationalrätin Ursula Wyss
SP/BE, Bern

Postfach 3156
5430 Wettingen
056/ 426 98 14

PC-Konto 60-378796-3

© Ch. Morigato • Multimedia-Design • CH-5643 Sins

Villiger Druck AG, 5643 Sins

Pro Jugendschutz Gegen Drogenkriminalität

Das Komitee vereint Mediziner, Psychologen, Prominente, Künstler und Politiker unabhängig ihrer Parteizugehörigkeit sowie natürliche und juristische Personen, welche sich alle für eine mutige und sachliche Cannabis-Politik einsetzen.

Pro
Jugendschutz



Gegen
Drogenkriminalität

Überparteiliches nationales Abstimmungskomitee

Postfach 3156
5430 Wettingen
056/ 426 98 14

PC-Konto 60-378796-3

Wirkungslose Verbote

Über 35'000 Verzeigungen und Verfahren pro Jahr und die Meisten wegen geringen Mengen, halten nicht nur Polizei und Justiz von der Verfolgung der eigentlichen Kriminalität ab, sondern verursachen überdies Verwaltungskosten von mehreren Millionen Franken. Diese Verschwendung von Steuergeldern zur Verfolgung eines völlig wirkungslosen, kontraproduktiven Verbotes muss aufhören! Dies zugunsten von Prävention, Jugendschutz und Aufklärung über einen vernünftigen Umgang mit Drogen im Allgemeinen.

Produktion, Handel und Konsum von Drogenhanf lassen sich in einem illegalen Umfeld nicht kontrollieren!

Repression, Prävention und Strafen greifen nicht, das zeigen die Statistiken der EU und des BAG (Bundesamt für Gesundheitswesen). So greifen etwa im freizügigen Holland die 15- bis 16-jährigen deutlich weniger zum Joint als im repressiven Schweden.

Hanfverbote sind nicht nur wirkungslos, sondern kontraproduktiv. Sie verhindern wirksame Prävention und aktiven Jugendschutz.

Im Wissen, sich mit dem Konsum von Hanfprodukten weniger zu schädigen als mit Alkohol oder Medikamenten, empfinden die Konsumenten ihr Tun nicht als illegal.

Kein Gesetz wird ohne Unrechtsbewusstsein öfters gebrochen als das Verbot, einen Joint zu rauchen.

Hanfverbote fördern Kriminalität

Die gegenwärtig wiederkehrende Repression zeigt deutlich die paradoxen Auswirkungen der Nulltoleranzpolitik: Kriminelle Subjekte tauchen wieder im Hanfhandel auf.

Ladenbesitzer werden bedroht und erpresst. Bei der Polizei können die Betroffenen keinen Schutz suchen ohne zu befürchten, wegen Widerhandlung gegen das geltende BetmG angezeigt zu werden.

Die Schliessung der Hanfshops im März und April 2004 in Luzern verdeutlichen die Folgen der erneuten Repression. Der Verkaufspreis im schnell organisierten Schwarzmarkt im öffentlichen Raum hat sich verdreifacht.

Die Verlagerung des Drogentourismus in andere Kantone ist schon wieder Realität!

So kontraproduktiv sich die Hanfverbote für eine wirksame Prävention erweisen, so dienlich sind sie dem Wachstum von kriminellen Strukturen und Schwarzmärkten.

Neben dieser Förderung des organisierten Verbrechens stellen sie in Sachen Hanf noch eine besondere Gefahr dar: Durch das Verbot steht Cannabis auf dem Schwarzmarkt auf einer Stufe mit ungleich gefährlichen Substanzen. Während die Behauptung von der ‚Einstiegsdroge Hanf‘ auf medizinisch-wissenschaftlicher Ebene längst widerlegt ist, wird durch die Alltagssituation auf dem Schwarzmarkt der Einstieg in härtere Drogen erst provoziert. Wo Cannabis auf der Gasse erhältlich ist, sind meist auch Heroin & Co. nicht weit.



Jugendschutz und Sicherheit

Hunderttausende sind täglich auf dem Schwarzmarkt der Willkür geldgieriger Dealer ausgesetzt.

Ohne Regulierung werden die Jugendlichen weiterhin diesen kriminellen Strukturen ausgesetzt bleiben.

Wirksame Prävention ist nicht mit erhobenem Zeigefinger möglich, sondern nur durch die hilfreiche glaubwürdige Hand. Für junge Menschen gilt die Regel: "Erst das Verbotene macht richtig scharf". Eine Freigabe für Erwachsene und eine neutrale öffentliche Darstellung der Wirkungen und Gefahren führen, wie die Statistiken aus den Niederlanden seit Jahrzehnten zeigen, zu einer Abnahme des Konsums bei Jugendlichen. Der Grund dafür ist einsichtig: Der Kult, der Mythos, der Cannabis aufgrund des Verbots umweht, wird schlichtweg entzaubert. Die Warnungen vor Missbrauch werden glaubhafter.

Nur ein regulierter Verkauf kann Konsumentinnen und Konsumenten vor den Gesundheitsgefahren des Schwarzmarktes wirksam schützen. Eine garantierte Qualität und kontrollierte Abgabe an Erwachsene minimieren nicht nur die Gefahren durch verunreinigte Produkte, sie entziehen auch den Schwarzmärkten die Existenzgrundlage.



Entlastung von Polizei, Justiz und Staatsanwaltschaft

In Zeiten verstärkter Sicherheitsinteressen ist es nicht länger zumutbar, dass Polizei und Justiz weiter die Suppe einer fehlgeschlagenen Verbotspolitik auslöffeln und mit der Verfolgung von ‚Hanfkriminellen‘ beschäftigt werden.

Gerade heute, wo die Sparzwänge beim Bund und den Kantonen immer grösser werden, ist dies ein entscheidender Nebeneffekt.

Die Aufhebung der Verbote entlastet Exekutive und Gerichte und bedeutet eine grosse Entlastung für den Staatshaushalt.

Dabei sind die zusätzlichen Steuereinnahmen durch den regulierten Verkauf noch nicht einmal berücksichtigt. Diese sollten dann auch nur zweckgebunden und zur gezielten Förderung von Prävention, Jugend- und Konsumentenschutz und des nachhaltigen Rohstoffs Hanf, eingesetzt werden.

Neben den zusätzlichen Steuereinnahmen und Entlastung der Staatskassen würden Tausende neue Arbeitsplätze geschaffen und dem Bauernstand ein neuer lukrativer Zweig eröffnet.

Das Pauschalverbot zwingt den Staat zur Verzettelung seiner Kräfte und bringt Willkür.



Hanfnutzung und Bauernförderung

Hanf ist als universell nachwachsender Rohstoff wiederentdeckt worden. Wie alle ökologischen Innovationen, leiden auch Hanfprodukte an ihrem Wettbewerbsnachteil. Kurzfristig betrachtet sind konventionelle, petrochemische Produkte billiger, weil die langfristig ökologischen Folgeschäden in der Rechnung nicht berücksichtigt werden.

Hanf ist ein nachwachsender, ergiebiger und umweltfreundlicher Rohstoff.

Ein regulierter Markt für Hanfblüten bietet der heimischen Landwirtschaft grosse Chancen, weitere Märkte für die zahlreichen anderen Produkte aus Hanf zu erschliessen. Hanf kann restlos verwertet werden!

Hanf kann von der Pflanzenspitze bis zu den Wurzeln nahezu restlos verwertet werden

Blüten
Medizin, Ätherische Öle, Genussmittel

Blätter
Tee, leichte Therapeutika

Samen
hochwertige Speiseöle, Mehl, Kosmetik, Tierfutter, Farben & Lacke

Fasern
Papier, strapazierfähige Textilien, Seile, Leinwand, Hartfaserplatten, Dämmstoffe

Schäben
Isoliermaterial, Presspanplatten, Katzenstreu

Wurzeln
Salben, Tinkturen

Biomasse
Methangas, Methanol, Treibstoffe

Die emotionsgeladene Debatte verhindert die ökologisch sinnvolle Nutzung von Hanf.

Medizin und Forschung

Cannabis ist eines der ältesten Heilkräuter der Menschheit. Während die von ihm ausgehenden Gesundheitsgefahren in der Vergangenheit aus propagandistischen Gründen masslos übertrieben wurden, wurde seine Bedeutung als Heilmittel systematisch her-untergespielt. In den letzten beiden Jahrzehnten aber sind die einzig-artigen medizinischen Eigenschaften des Hanfs wiederentdeckt worden.

Ob als Krampflöser bei Multipler – Sklerose, als Übelkeitshemmer bei Krebspatienten oder als Appetitanreger bei Aids-Kranken. Hanf ist für viele Patienten mit verschiedenen schweren Leiden die natürliche Arznei ihrer Wahl. Es kann und darf nicht sein, dass Patienten weiterhin auf den Schwarzmarkt angewiesen sind, um ihre Medizin beziehen zu können.

Immer mehr wissenschaftliche Studien belegen, dass das uralte Heilkraut Cannabis bei zahlreichen Indikationen modernen Medikamenten gleichwertig oder überlegen ist.

Selbst im Mutterland der Prohibition den USA, haben deshalb einige Bundesstaaten Konsum und Anbau aus medizinischen Gründen in den letzten Jahren freigegeben. Die Züchtung und Produktion von Medizinalhanf mit gleichbleibendem Wirkstoffgehalt ist dringend gefordert, damit eine zuverlässige Dosierung gewährleistet werden kann.

In der gegenwärtigen Situation ist es für die Patienten unmöglich, sich mit einer gleichbleibenden Qualität zu versorgen, ausser sie decken sich mit einer grösseren Menge ein und riskieren damit, entsprechend massiv bestraft zu werden. Es ist unverantwortlich, schwerstkranke Menschen derartig zu behindern.

Hanfverbote verunmöglichen die medizinische Nutzung.